

**TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE**

P/XXIII/99

Bonn, den 26. Mai 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

1 - 1 a Was gerne übersehen wird... 10

Die Zustimmung der SPD zu einer sinnvollen Notstandsregelung hat nichts mit der Großen Koalition zu tun

2 - 3 Neue Wege amerikanischer Politik 87

Ein Amerika-Seminar der Friedrich-Ebert-Stiftung  
Von Dr. George Eliasberg

4 Entscheidende Tage 39

Die Lage in Frankreich  
Von Georg Scheuer, Paris

SELBSTBESTIMMUNG UND BINGLIEBERUNG bringt heute:

Wie kann die Familienzusammenführung erleichtert werden  
Zahl der Spätaussiedler rückläufig  
Sicherheitsordnung im Zeichen der Selbstbestimmung  
Bekenntnis zur Nation in Osteuropa  
Ehrung für Wenzel Jaksch  
"Revanchismus der deutschen Ostforschung"  
Sudetendeutscher Bürgermeister in Schwaben  
Aschheim in Jerusalem gestorben  
Mehr Sozialwohnungen gebaut  
Polnischer Exportüberschuß

\* \*

\*

Zur Zeit verantwortlich: Albert Exler

Was gerne übersehen wird...

Die Zustimmung der SPD zu einer sinnvollen Notstandsregelung  
hat nichts mit der Großen Koalition zu tun

HB-er - Von einem Teil der Kritiker, die gegen jede rechtsstaatliche Form einer Regelung für Notzeiten angehen, wird der Sozialdemokratie häufig vorgeworfen, ihre Bereitschaft, einer Grundgesetzergänzung zuzustimmen, hänge mit ihrer Mitwirkung in der Bundesregierung der Großen Koalition zusammen.

Tatsache ist aber - und daran sollte gerade in dieser Woche erinnert werden -, daß die SPD sich schon vor mehr als zwanzig Jahren durchaus positiv zu einer Regelung staatlicher Befugnisse in Notzeiten ausgesprochen hat. Zwei Jahre vor der Gründung der Bundesrepublik und zwei Jahre nach dem totalen Zusammenbruch des Deutschen Reiches, im März 1947, faßte der Vorstand der SPD Beschlüsse über Richtlinien für den Aufbau einer Deutschen Republik. In den Richtlinien, die die Marschroute für den "Verfassungskonvent von Herrenhiessee" darstellten, heißt es wörtlich: "Die Verfassung darf keine Bestimmung über ein Notstandsgesetz enthalten, die es dem Parlament gestattet, sich der politischen Verantwortung zu entziehen." (Fünfzehn Jahre später, in der Notstandsentschließung des Kölner SPD-Parteitagess 1962 hieß es ebenfalls: "Die Verantwortlichkeit des Parlaments ist in jeder Lage zu erhalten. Die Notstandsregelung darf keine Möglichkeit des Ausweichens des Parlaments aus seiner Verantwortung schaffen.")

Dr. Walter Menzel, Mitglied des Parlamentarischen Rates und bis zu seinem Tode 1963 Mitglied der SPD-Fraktion im Bundestag, schuf in den Jahren 1947/48 auf der Grundlage der vom Parteivorstand der SPD aufgestellten Verfassungsrichtlinien den Entwurf für eine "Westdeutsche Satzung". Sein Notstandsartikel 27 ist identisch mit dem Artikel 33 des Entwurfs eines Grundgesetzes (2. Menzel-Entwurf), der das Notstandsproblem ebenfalls angesprochen hat:

- \* "Wenn die Versammlung nach Feststellung ihres Präsidenten durch
- \* höhere Gewalt gehindert ist, sich frei zu versammeln, dann hat
- \* das Direktorium, wenn möglich, in Einvernehmen mit dem Hauptausschuß der Versammlung, das Recht, die zur Aufrechterhaltung eines geordneten Verfassungs- und Verwaltungslebens erforderlichen
- \* Gesetze zu erlassen und die notwendigen Maßnahmen zu treffen,
- \* wenn ohne sie die öffentliche Ruhe und Ordnung erheblich gestört
- \* und gefährdet wird.
  
- \* Die Feststellung des Präsidenten der Versammlung ist jeweils nur
- \* für einen Monat wirksam und ist, wenn die Voraussetzungen des Not-
- \* standes fort dauern, vor Ablauf dieser Frist zu wiederholen.
  
- \* Sobald die Voraussetzungen des Notstandes beseitigt sind, müssen
- \* die inzwischen erlassenen Gesetze und Verordnungen der Versamm-
- \* lung vorgelegt und ihr die getroffenen Maßnahmen zur Kenntnis ge-
- \* bracht werden."

Auf dem Verfassungskonvent von Herrenhiessee (August 1948) fand sich eine Mehrheit für eine Notstandsregelung, und für den Hauptausschuß des Parlamentarischen Rates schien zunächst dasselbe zu gelten: Der Notstandsartikel 111 wurde mit 14 : 4 Stimmen in dritter Lesung

aufgenommen, dann aber in vierter Lesung auf Antrag der Abgeordneten Dr. Zinn (SPD), Dr. von Mangoldt (CDU) und Dr. Dehler (FDP) wieder gestrichen. Dies war zweifelsohne richtig, denn der Artikel 111 besagte u.a., daß die Bundesregierung "zur Abwehr einer unmittelbar drohenden Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung mit Zustimmung des Präsidenten des Bundestages und des Bundesrates im Rahmen der Bundeszuständigkeit Notverordnungen mit Gesetzeskraft erlassen kann". Zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand des Bundes oder seine freiheitliche und demokratische Grundordnung sollten nach Artikel 111 Abs. 3 durch Notverordnung die Grundrechte der Pressefreiheit, der Versammlungsfreiheit und der Vereinigungsfreiheit sowie das Fernspreck- und Telegraphengeheimnis vorübergehend außer Kraft gesetzt oder eingeschränkt werden können.

Es spricht fraglos für die Väter des Grundgesetzes, daß sie - ob schon im Prinzip nicht gegen eine sinnvolle Notstandsregelung eingestellt - diesen sehr weitgehenden Befugnissen entgegentraten. Andererseits zeigt dieser Rückblick auf die Beratungen vor 20 Jahren auch, welche gewaltige Unterschiede zwischen den Entwürfen von 1948 und denen des Jahres 1968 bestehen. Aber klar auf der Hand liegt auch, daß die Fragen einer sinnvollen demokratischen Notstandsregelung mit der Großen Koalition nichts, aber auch gar nichts zu tun haben.

In diesem Zusammenhang darf ruhig auch wieder einmal daran erinnert werden, was der SPD-Abgeordnete Dr. Adolf Arndt am 24. Januar 1955, also vor dem Inkrafttreten des Deutschland-Vertrages, der den Alliierten die Notstandsvorbehaltsrechte sicherte, in einem Rundfunkvortrag ausführte:

- \* "Die Pariser Verträge haben die Frage des Notstandsrechts aufgeworfen... Wo jedoch eine Notverfassung fehlt, oder wo sich eine Regelung der Notstandsbefugnisse als unzureichend erweist, dort bricht sich das fürchterlichste Böse, was einem Rechtsstaat widerfahren kann, das hemmungslose Unrecht. Mangelt es an einem Notstandsrecht oder ist die Regelung dieses Rechts mangelhaft, so kann ein solcher Mangel verderblicher sein als das mutige Gewähren kräftiger aber auch klarer und insbesondere genau umgrenzter Befugnisse, vor denen man sich in Weimar so geängstigt hatte..."

Bundesjustizminister Dr. Dr. Gustav Heinemann hat am 10. Mai, an Tage vor dem Sternmarsch der Gegner einer Notstandsvorsorge, vor dem Bundestag dargelegt, daß wegen des Fehlens entsprechender Regelungen im Grundgesetz frühere Bundesregierungen die berühmt-berüchtigten "Schubladen-Gesetze" erlassen und allen Dienststellen im Lande als geheime Verschlusssache hatten zugehen lassen. Heinemann betonte, er habe die Schubladengesetze, die bis hin zur Suspendierung von Grundrechten reichten, als "deprimierend" empfunden. Diese Notgesetze, die auf der Inanspruchnahme eines "übergesetzlichen Notstandsrechtes" und auf den Vollmachten der Westmächte basierten, "sind dank unserer Mitwirkung in dieser Bundesregierung verschwunden", betonte Heinemann. Er fügte hinzu, daß alle grundsätzlichen Gegner einer Grundgesetz-Ergänzung - wenn sie sich durchsetzte - die Regierung zwingen, neue interne Überlegungen für eine Notstandsvorsorge anzustellen. Mit anderen Worten: Der vom demokratisch-freiheitlichen Standpunkt aus sehr bedenkliche Weg geheimer Notstandsregelungen, der letztlich auch die Flucht des Parlaments aus seiner Verantwortung darstellt, würde erneut begangen. - Genau dieser Flucht aus der politischen Verantwortung hat aber die SPD seit 1947 konsequent den Kampf angesagt, weil sie ihre Lehren aus dem Artikel 48 der Weimarer Reichsverfassung gezogen hat.

## Neue Wege amerikanischer Politik

---

Ein Amerika-Seminar der Friedrich-Ebert-Stiftung

Von Dr. George Eliasberg

Auf einer in der Volkshochschule Bergneustadt von der Friedrich-Ebert-Stiftung gemeinsam mit der Programm-Abteilung der Amerikanischen Botschaft in Bonn veranstalteten und von etwa 50 Teilnehmern besuchten Diskussion über "Die Situation der amerikanischen Demokratie im ausgehenden 20. Jahrhundert", stellte der erste Referent, Prof. Jiri Nehnevajsa von der Universität Pittsburgh die für manche deutsche Hörer provokatorisch klingende These von einem grundsätzlich nicht aggressiven Charakter der amerikanischen Außenpolitik auf. Dr. Nehnevajsa begründete diese Behauptung einmal mit der soziologischen Struktur der Vereinigten Staaten - dem "Schmelztiegel", in dem Amerikaner verschiedenster ethnischer Herkunft nicht nur lernen, sich ein gewisses Maß an Toleranz anzugewöhnen (wobei die Neger hier ein besonderes Problem darstellen), sondern diese Haltung auch nach außen, auf die Länder ihrer ursprünglichen Herkunft projizieren. Zum anderen glaubt Dr. Nehnevajsa, daß in der amerikanischen Politik auch heute noch rationalistische und vor allem pragmatische Elemente aus der Gründungs-epoche der Vereinigten Staaten weiterleben, die zu einem erheblichen Mißtrauen gegen Ideologien beitragen und zu dem Bestreben führen, die Probleme der Welt "vernünftig" zu lösen.

Die Bedrohung dieses idealen Modells, vor allem aber der tatsächlichen Sicherheit der Vereinigten Staaten, erst durch die nationalsozialistische und dann durch die kommunistische Aggression, verbunden mit der neuen und ungewohnten Rolle als Weltmacht, führten zu einer zeitweiligen Abkehr von dieser Einstellung und zu einer Politik des "Kalten Krieges" nach außen und zu der Hysterie der Mac Carthy-Ära im Inneren. Die nach Auffassung des Referenten verfehlte und vor allem moralisch nicht zu rechtfertigende Intervention in Vietnam erklärt sich aus dieser besonderen Situation der 50-er Jahre und würde heute angesichts des offenkundigen Zerfalls des kommunistischen Blocks wohl kaum in dieser Form unternommen werden; doch ist die Johnson-Regierung eine Gefangene ihrer eigenen Politik, und es dürfte noch eine geraume Weile dauern, bis der Konflikt in Süd-Ost-Asien gelöst werden wird. Prof. Nehnevajsa glaubt indessen voraussagen zu können, daß angesichts dieser Erfahrung, und auch wegen der Priorität innerpolitischer, vor allem sozialer Probleme eine Rückkehr zu einer "unideologischen" Außenpolitik der Vereinigten Staaten zu erwarten sei. Die wissenschaftlich-technologische Entwicklung sowohl in den Vereinigten Staaten, als auch in der Sowjetunion drängten, trotz zeitweilig zunehmender Spannungen in verschiedenen Teilen der Welt, in die gleiche Richtung. Die in frühestens einem Jahrzehnt zu erwartende Entwicklung des kommunistischen China zu einer effektiven Atomnacht könnte allerdings eine ganz andere Konstellation schaffen.

Im Verlaufe seiner Ausführungen gab Prof. Nehnevajsa einem mit neuestem Zahlenmaterial belegten Überblick über den amerikanischen

Vorsprung in Wissenschaft, Technologie und Wirtschaft, der auch von den führenden Industrieländern in absehbarer Zeit nicht eingeholt werden könnte - während die meisten der Entwicklungsländer Jahrzehnte, in einigen Fällen sogar Jahrhunderte, brauchen würden, um den gegenwärtigen Stand der amerikanischen Entwicklung zu erreichen. Dieser hohe Stand der technischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten trägt allerdings erheblich zur Verschärfung der inneren Spannungen in den Vereinigten Staaten bei, da er bei den Unterprivilegierten, in erster Linie den Negern, eine "Revolution der enttäuschten Erwartungen" entfacht.

In einer anderen Vortragsreihe gab Prof. Saul Padover von der New School for Social Research in New York eine detaillierte Darstellung der amerikanischen politischen Institutionen in ihrer historischen Entwicklung und tatsächlichen Funktion. Er ging dabei insbesondere auf die widerspruchsvolle Position des amerikanischen Präsidenten ein, dem von der Verfassung innerpolitisch nur vergleichsweise recht begrenzte Machtbefugnisse zugebilligt werden, während er in der Außenpolitik, insbesondere durch seine Stellung als Oberbefehlshaber der amerikanischen Streitkräfte, in mancher Beziehung geradezu mit einem absoluten Herrscher verglichen werden kann. Das hat nach Prof. Padovers Auffassung, nicht unerheblich zu der "Tragödie Johnson" beigetragen, der mit seinem innerpolitisch-sozialen Programm möglicherweise als einer der großen Präsidenten in die Geschichte eingegangen wäre, statt in die "Falle Vietnam" zu geraten.

Besonders ausführlich behandelte Prof. Padover den Mechanismus, der zur Nominierung und Wahl eines amerikanischen Präsidenten führt, wobei er aufzeigte, wie die nur scheinbar chaotische Institution der "National Conventions" doch ihre Aufgabe erfüllt und jedenfalls die Nominierung eines völlig ungeeigneten Kandidaten, etwa eines radikalen Ideologen, verhindert. (Nach Prof. Padovers Meinung fiel Senator Goldwater keineswegs in diese letztere Kategorie). Allerdings dürfte die wachsende Rolle des Fernsehens dieses ganze Auswahl-systems gründlich modifizieren und einem neuen Typ "photogener" Kandidaten erhöhte Chancen geben. Obwohl Prof. Padover ausführlich die Erfolgsaussichten der derzeitigen Kandidaten analysierte, vermied er es doch, Prophezeiungen zu machen: Lange Erfahrung habe ihn gelehrt, daß in der amerikanischen Politik "alles möglich sei".

In einem ergänzenden Referat behandelte Prof. Albert Blum von der Michigan State University die "Rolle der Gewerkschaften in der amerikanischen Politik", die er als die einer "linken" Pressionsgruppe innerhalb und neben der Demokratischen Partei charakterisierte - woraus sich gewisse Vergleichsmöglichkeiten mit der Bundesrepublik ergeben.

+ + +

## Entscheidende Tage

---

### Zur Lage in Frankreich

Von Georg Scheuer, Paris

Den von General de Gaulle angekündigte Volksentscheid wird in Frankreich als Verlängerung einer Agonie empfunden, in der sich das Regime seit Anfang Mai befindet. Der Staatspräsident versuchte zuerst die revolutionäre Krise zu ignorieren. Nach wochenlangem Schweigen stellt er jetzt eine Frage, in der es praktisch um die weitere Existenz seines Regimes geht. Formal verlangt er die Bewilligung eines "Mandats" zur Durchführung verschiedener "Reformen", zugleich droht er aber für den Fall einer Ablehnung mit dem Rücktritt.

Das ganze Referendum ist somit verfälscht. Für de Gaulle werden konservative Schichten stimmen, die an sozialen Reformen speziell nicht interessiert sind, aber ein "Vakuum" fürchten. Gegen de Gaulle werden die Franzosen stimmen, die für gründlichere Reformen sind, diese aber nicht mehr im Rahmen des gegenwärtigen Regimes erwarten.

Unterdessen ist der spontane Volksentscheid in den Großbetrieben, in Universitäten und auf den Straßen und Plätzen Frankreichs seit einigen Wochen von bemerkenswerter Eindeutigkeit. Ein jahrelang angehäuften Unbehagen entlädt sich in einem Generalstreik und in Messenkundgebungen von ungewöhnlicher Wucht und Ausdauer.

Unterstrichen muß werden, daß keine politische Partei, keine Gewerkschaft und auch keine andere etablierte Organisation gewillt oder imstande gewesen wäre, eine derartige Massenbewegung auszulösen. Vielmehr stehen die französischen Parteien und Gewerkschaften ohne Unterschied der Richtung mit Verblüffung vor dem plötzlichen Ausbruch eines sozialen und politischen Vulkans. Die junge Generation - Studenten und Arbeitnehmer - zumeist unorganisiert, spielt dabei eine hervorragende Rolle.

Die Geburtswehen der Sechsten Republik haben somit früher begonnen, als vorgesehen. Die Linksparteien - ob sie es bereits wollen oder nicht - sind zur Nachfolge berufen. In den ganzen letzten Wochen zögerten sie, weil sie nicht das Erbe eines bankrotten Regimes übernehmen wollen. Die Ereignisse drängen aber mit jedem Tag und mit jeder Stunde zu verantwortungsbewußten Entscheidungen.

Das Regime hofft auf "Beruhigung" in den nächsten Wochen, auf einen erfolgreichen Volksentscheid im Juni und Parlamentswahlen im Herbst. Auch die Linksoption hofft im Grunde genommen auf eine zusätzliche Frist von einigen Wochen oder Monaten, um auf eine Regierungsübernahme entsprechend vorbereitet zu sein. Immer mehr hat man aber den Eindruck, daß alle diese Rechnungen ohne den Wirt gemacht sein könnten.